



Dezember 2006

## Militärputsch in Fidschi

Heinz Bendt für FES Jakarta

- Am 5. Dezember 2006 putschte sich das Militär in Fidschi unblutig an die Macht.
- Der Chef der Streitkräfte übernahm den Posten des Staatspräsidenten, ein Militärarzt ohne politische Erfahrung das Amt des Ministerpräsidenten.
- Eine Übergangsregierung sowie Neuwahlen zur Wiederherstellung der Demokratie zu einem noch unbestimmten Zeitpunkt in der Zukunft wurden angekündigt.
- Im Inland überwiegt Zurückhaltung und Ablehnung. Die Reaktion im Ausland ist weitgehend negativ. Wichtige Gebernationen haben Hilfe eingefroren.

### Vorlauf

Der Putsch kam nicht aus heiterem Himmel. Schon Mitte 2005 warnte der Chef des Militärs, Commodore Voreqe „Frank“ Bainimarama, dass er die Regierung stürzen wird, wenn sie ihre Ankündigung wahrmacht, die im Gefängnis sitzenden Anführer des Coups vom Jahre 2000 zu begnadigen. Ende 2005 bestritt er dann die Zuständigkeit des für das Militär verantwortlichen Ministers. Die Beziehungen zwischen Regierung und Militärführung verschlechterten sich während des Jahres 2006 stetig weiter. Letztere ignorierte wiederholt die Anweisungen der Regierungsorgane und stellte eigene Regeln auf. Im Mai 2006 wurde - mit verringerter Zustimmung - Ministerpräsident Laisenia Qarase für einen zweiten 5-Jahreszeitraum wiedergewählt. Ende Oktober versuchte er vergeblich, Bainimarama als Kommandeur der Streitkräfte abzulösen. Danach spitzte sich die Situation so weit zu, dass die Armee öffentlich begann, die Regierung einseitiger, undemokratischer Parteinahme und generell der Korruption zu beschuldigen und laut über einen Regierungsturz zu spekulieren. Nach all den Querelen und gegenseitigen Anschuldigungen gab es ganz offensichtlich keine Basis mehr für eine weitere Zusammenarbeit.

### Hintergrund und Begründung der Krise

Kernpunkt der Forderungen Bainimaramas war das Verlangen, dass der Ministerpräsident einen Gesetzentwurf zurückziehe, mit dem die ursprünglich zum Tode, unmittelbar danach zu lebenslänglicher Haft, verurteilten Verschwörer des Staatsstreichs vom Jahre 2000 amnestiert werden sollten.

In jenem Jahr wurde eine rechtmäßig gewählte Regierung unter einem Vertreter der indisch-stämmigen Minderheit mit überwiegender Zustimmung der traditionell orientierten Häuptlingsfamilien und ihrer Anhänger aus dem Amt geputscht und 55 Tage lang als Geisel festgehalten. Was aber vordergründig als eine Tat autochthoner Selbstbestimmung aussah, erfüllte noch einen Nebenzweck: Es beendete die langjährige Spitzenstellung eines Klans und ermöglichte einem anderen, die politischen Spitzenpositionen zu übernehmen. Der derzeitige MP Quarase, der seitdem immer wieder versucht hat, eine Amnestie für den ursprünglich zum Tode verurteilten, später zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigten Putschistenführer George Speight zu verkünden, entstammt diesem zweiten Klan der feudalen Elite Fidschis. Gerüchte, dass die von ihm seit Beginn seiner Amtszeit favorisierte Amnestie die Erfüllung einer Abmachung ist,

der zu Folge Speight im Gegenzug die wahren Hintermänner der damaligen Ereignisse nicht preisgibt, sind nie verstummt. Die Tatsache, dass ein Verwandter des Putschisten jetzt einen Ministerposten im Kabinett Qarase inne hat, trägt dazu auch nicht bei.

Nachdem frühere Bemühungen Qasares um eine Amnestie gescheitert waren, begann er nach seiner Wiederwahl im Mai erneut, an Vorschlägen in dieser Richtung zu arbeiten. Bainimarama verlangte nun die volle Rücknahme jeglicher Pläne dieser Art. Der Premierminister sagte dazu im November, dass er die Arbeit an dem entsprechenden Gesetz bereits vorläufig ausgesetzt habe. Das war aber Bainimarama nicht genug. Da er weitere ethnische Spannungen befürchtete, verlangte er ein endgültiges Ende jeglicher Bemühungen um eine Amnestie.

### **Vorlauf zum Putsch**

Das ganze Jahr 2006 war von ständigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Militär geprägt. Ende Oktober 2006 setzte dann Bainimarama der Regierung eine letzte Frist für die Erfüllung seiner Forderungen. Diese versuchte in dieser Zeit ihrerseits, den Armeechef wegen Aufwiegelung anzuklagen und abzusetzen, doch die von einem Australier geleitete Polizei konnte keine Beweise dafür finden. Immerhin wies sie aber auf angebliche Unterlagen hin, nach denen auf einem Schiff im Hafen von Suva Waffen zur Auslieferung an das Militär warteten. Die Armeeführung erklärte diese Papiere für gefälscht und forderte die Regierung auf, den Polizeichef zu entlassen. Dieser weigerte sich, der Forderung nach zu kommen. Der Polizeichef nahm vorsichtiger Weise Urlaub im Ausland, so dass er am Tage des Putsches außerhalb des Landes war und seiner Verhaftung durch das Militär entging.

Nachdem die Frist des Militärs am Freitag, den 30. November ergebnislos verstrichen war, erneuerte der Armeechef seine Forderungen gegenüber der Regierung am 2. Dezember ein weiteres Mal und kündigte gleichzeitig für Montag den 4. Dezember den Beginn einer "Säuberungsaktion" an. Dabei werde kein Blut fließen, versicherte er im Fernsehen. Bereits zuvor hatte Bainimarama noch 1000 Reservisten einberufen. Vieles deutet also dar-

aufhin, dass er an eine einverständlichen Lösung mit der Regierung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr glaubte, bzw. daran gar nicht mehr interessiert war.

### **Ablauf des Putsches**

Nachdem bereits am Montag, den 4. Dezember auf Fidschi Soldaten begonnen hatten, die Polizei zu entwaffnen, übernahm das Militär am folgenden Tage in einem unblutigen Coup die Macht. Es war innerhalb von 19 Jahren der vierte Umsturzversuch insgesamt und der dritte des Militärs.

Zunächst lief einiges schief. Um den Schein zu wahren, wurde der Präsident Ratu Josefa Iloilo unter Druck gesetzt, den Premierminister Qarase zum Rücktritt aufzufordern. Nachdem sich dieser geweigert hatte, wurde auch die Position des Präsidenten unhaltbar und er trat ab, nicht ohne nun öffentlich zu sagen, was ihn zu diesem Schritt geführt habe. Damit war dieses Manöver offen als Beginn eines militärischen Putsches entlarvt.

Am 5. Dezember, um 18.00 Uhr abends, verkündete der Chef der Streitkräfte, Commodore Bainimarama, offiziell, dass er als Geschäftsführender Präsident (Acting President) die Führung und das Militär damit die Kontrolle über das Land übernommen habe. Zuvor waren in der Hauptstadt Suva schwerbewaffnete Soldaten vor dem Haus des Regierungschefs aufmarschiert und hatten ihn sowie mehrere seiner Minister unter Hausarrest gestellt.

### **Gründe für den Putsch**

Bainimarama begründete seinen Staatsstreich vor allem damit, dass die von der Regierung geplante Amnestie für die Drahtzieher des Putsches im Jahr 2000 die Spannungen zwischen Indo-Fidschianern und den melanesischstämmigen Fidschianern nur weiter verstärken würde, und die tatsächlichen Drahtzieher im Hintergrund weiterhin schützen solle. Außerdem warf er der bisherigen Regierung die übliche Standardbeschuldigung „Korruption“ vor.

Auf einer Pressekonferenz sagte er, dass er selbst seit Wochen versucht hätte, den Ministerpräsidenten von dessen Absicht die Ver-

schwörer des letzten Putsches zu amnestieren, abzubringen, und dabei auch deutlich gemacht habe, dass er vor einem letzten Schritt nicht zurückschrecken würde. Die Verhältnisse hätten ihn also zu dieser nicht konstitutionellen Maßnahme gezwungen – wobei er aber den Hinweis vergaß, dass diese nicht ohne sein Zutun entstanden waren. Er versprach jedoch, nach einer kurzen – wenn auch nicht näher festgelegten - Übergangszeit das Präsidentenamt an den bisherigen Amtsinhaber Ratu Josefa Iloilo zurückgeben, damit dieser eine neue Regierung bestimme und Wahlen zur Wiederherstellung der Demokratie ansetzen könne.

Als erste Maßnahme entließ der selbsternannte „Übergangspräsident“ dann den Premierminister Qasare und präsentierte als neuen Inhaber dieses Amtes den 67-jährigen Dr. Jona Baravilala Senilagakali, einen politisch wenig erfahrenen Militärarzt, der im Hauptquartier des Militärs als „kommissarischer“ Ministerpräsident vereidigt wurde. Dr. Baravilala ist eindeutig eine Marionette des neuen Präsidenten.

Der erst im Mai wiedergewählte, aber nun schon abgesetzte Regierungschef Qarase rief indes zu gewaltlosen Demonstrationen auf. "Ich denke, dass 99 Prozent der Fidschianer für die Demokratie sind", sagte er in einem Radiointerview. Während ein paar hundert Anhänger Qarases vor dessen Haus in der Hauptstadt Suva gegen den Staatsstreich demonstrierten, flog ihn das Militär auf seine Heimatinsel.

Die Ironie ist, dass der Armeechef Bainimarama, der sich die immer als der eigentliche Verfechter der Verfassung und die Armee als den einzigen Garanten für die Stabilität darstellte, nun selber putscht. Dabei hatte der Premierminister die Arbeit an dem umstrittenen Gesetz zu diesem Zeitpunkt bereits vorläufig ausgesetzt, doch das war Bainimarama nicht genug. Der Armeechef fürchtete nach eigenen Angaben weitere ethnische Spannungen zwischen der Mehrheit der Ureinwohner und den indisch-stämmigen Fidschianern. Und zusätzlich forderte er nun auch, dass noch andere Gesetze, in denen eine Bevorzugung der eingeborenen Fidschianer festgeschrieben ist, einer Korrektur unterzogen werden.

Nachdem der Putsch international sofort fast einstimmig scharf verurteilt wurde, wurde der Commander einen Tag später deutlicher und kündigte an, jeden Widerstand notfalls mit Gewalt im Keime zu ersticken. "Wir haben Grund zur Annahme, dass das Leben des Staates bedroht wird", sagte er im Radio. "Sollten wir dazu gezwungen werden, Gewalt anzuwenden, so lassen Sie mich klarstellen, dass wir dies unverzüglich tun werden".

Er erklärte ferner, dass mit der baldigen Einsetzung einer Übergangsregierung entgegen seiner früheren Ankündigung nun doch nicht zu rechnen sei. Die Schuld dafür gab er dem Rat der Stammeshäuptlinge, der ein für die folgende Woche angesetztes Treffen kurzerhand abgesagt hatte. (Der Rat der Stammeshäuptlinge ist das – nicht gewählte Organ – dass den Staatspräsidenten einsetzt).

### **Reaktion der Zivilgesellschaft und der Kirche**

Während das Militär damit begann, Gegner der Putschisten und Beamte in Schlüsselpositionen, festzunehmen, Soldaten das Parlamentsgebäude abriegelten und die Senatoren, die über die Frage debattierten, wie man den Coup beurteilen sollte, nach Hause schickten, begann sich erster Unmut in der Bevölkerung zu artikulieren. Es kam aber zu keinen weiteren Aktionen.

Soldaten besetzten auch Radiostationen und Zeitungsredaktionen. Die wichtigsten Medien auf den Fidschi-Inseln stellten daraufhin die Berichterstattung vorübergehend ein.

Einige Chiefs riefen ihre Klan-Angehörigen, einschließlich jenen, die als Beamten, Polizisten und Soldaten tätig sind auf, den Anweisungen des Militärs nicht zu folgen, doch ohne großen Erfolg.

Die in Fidschi politisch sehr einflussreichen Kirchen verurteilten den Staatsstreich des Armeechefs scharf. Der "Rat der Kirchen in Fidschi" sowie die "Versammlung christlicher Kirchen" betonten in einer gemeinsamen Erklärung, sie stünden zur demokratisch gewählten Regierung Qarase. Weiter heißt es: "Wir erkennen die Interimsregierung von Bainimarama nicht an und werden sie nicht unterstützen". Der Präsident des Rates sprach

auch von einer „Manifestation der Finsternis und des Bösen“. Der Methodistenchef besuchte demonstrativ den gestürzten PM Qasare.

Der katholische Erzbischof der Hauptstadt, Petero Mataka, rief die Bewohner des Inselstaates auf, ihre Ablehnung des Umsturzes durch Beten und Fasten zum Ausdruck zu bringen. Er hatte schon in den Monaten vor dem Staatsstreich immer wieder betont, dass der gewaltsame Sturz einer demokratisch gewählten Regierung ein schwer wiegendes Verbrechen sei. Er hatte aber auch konsequent immer wieder vehement davor gewarnt, die Beteiligten des Putsches des Jahres 2000 zu begnadigen.

### **Internationale und regionale Reaktion**

Ein Teil der internationalen Gemeinschaft reagierte überwiegend mit scharfer Kritik. Schon im Vorfeld hatten Australien, Neuseeland, die USA, Großbritannien und die Vereinten Nationen Bainimarama vor einem Putschversuch mehrfach gewarnt.

UNO-Generalsekretär Kofi Annan hat die sofortige Wiedereinsetzung der gewählten Regierung gefordert. Annan stehe in engem Kontakt mit regionalen und internationalen Gruppen, um die Krise zu lösen, sagte ein UN-Sprecher dazu.

Die Gebernationen reagierten übereinstimmend negativ. Sie befürchten u.a., dass ein weiterer Staatsstreich der schwachen Wirtschaft des Landes schaden könnte.

In den weniger unmittelbar beteiligten Ländern schlugen die Nachrichten vom Putsch in Fidschi dagegen keine großen Wellen. Dies gilt im Prinzip auch für die benachbarten kleinen Inselstaaten.

Australien und Neuseeland dagegen fürchten nichts mehr, als politische Instabilität im südlichen Pazifik. Beide Staaten verurteilten deshalb den Umsturzversuch sofort. Der australische Ministerpräsident John Howard lehnte jedoch die Bitte Qarases nach einer Entsendung von Soldaten ab. Sein Außenminister Alexander Downer riet aber den Fidschianern, passiv Widerstand gegen die "aufgezwungene Diktatur" zu leisten.

Immerhin hatte Australien auf Grund der sich abzeichnenden politischen Krise auf Fidschi auch schon drei Kriegsschiffe in die Region entsandt, um, wie es hieß, notfalls australische Urlauber in Sicherheit bringen zu können. Wegen der kurz vorher gewalttätig ausbrechenden Unruhen auf Tonga waren jedoch zwei davon dorthin beordert worden und zum Zeitpunkt des Putsches nicht sofort verfügbar.

Die neuseeländische Premierministerin Helen Clark warf dem Militär „Einschüchterung und Bedrohung“ vor, und sprach von einer undemokratischen und gegen die Verfassung verstoßenden Situation. Alle Hilfs- und Besuchsprogramme wurden auf Eis gelegt.

Die USA setzten Hilfszahlungen in Höhe von 2,5 Millionen Dollar vorübergehend aus. Großbritannien stoppte seine Militärhilfen. Das Commonwealth hat Fidschi – nicht zum ersten Mal - ausgeschlossen. Die deutsche Bundesregierung gab eine Reisewarnung aus. Der Putsch könnte für Fidschi wie bei früheren Umstürzen zu ernsthaften Einbußen in den beiden Haupteinnahmequellen des Landes führen: der sowieso schon in einer schwierigen Situation steckenden Zuckerindustrie und dem Tourismus. Vor allen Dingen jetzt: Weihnachten zählt zu den Hauptreisezeiten in die Region.

### **Versuch einer Beurteilung**

So überzeugend sich die Argumente der internationalen Stimmen anhören, so sehr stellen sie aber auch eine Überbetonung der legalistischen Seite dar. Demokratie wird in Fidschi aber vielleicht noch etwas anders verstanden: ein gewähltes Parlament und Regierung machen es ja nicht allein. Eine Beurteilung aus der Sicht gewachsener westlicher Demokratien sollte dies berücksichtigen.

Vordergründig sieht dieser Putsch natürlich nur wieder einmal danach aus, als ob ein machthungriger Militär die Regierung übernehmen und eine Diktatur errichten wolle. Dazu gehört auch, dass Bainimarama offensichtlich ein Hardliner ist, der keinen Widerspruch verträgt: seinen Stellvertreter hat er z.B. Anfang 2006 wegen „Meinungsverschiedenheiten“ gefeuert. Aber: das fidschianische Militär ist auch eine an vielen internationalen Einsätzen beteiligte Truppe, die dabei erhebli-

chen Unterricht über „failed states“ erhalten hat.

Am Ende mag nun auch Fidschi einer davon werden, denn die Reaktionen der Unterlegenen und betroffener ausländischer Staats- und Wirtschaftsinteressen können schnell die Positionen weiter verhärten. Es wäre also gut, wenn nach der ersten schrillen Reaktion wieder eine nüchternere Betrachtung einsetzen würde.

Vorerst bleibt es aber natürlich schwer zu beurteilen, ob der Schritt Bainimaramas eine heilsame Korrektur einer noch nicht funktionierenden Demokratie einleiten kann, oder den üblichen Weg in eine Militärdiktatur bedeutet. Die Erfahrung spricht sicherlich für Letzteres.

Dennoch: Solange die internationalen Reaktionen feindselig bleiben, so lange werden sie die Soldaten nur trotziger reagieren lassen. Und um so mehr wird eine Entwicklung in die falsche Richtung unausweichlich.

Andererseits: die Soldaten Fidschis werden in aller Welt eingesetzt, um Frieden zu schaffen und Ordnung zu installieren. Es sollte ihnen vielleicht erlaubt sein, dies auch zu Hause zu tun.

Nach den ersten harten Reaktionen sollte also eigentlich wieder Diplomatie gefragt sein, nicht Ausschluss aus der Gemeinschaft.

Immerhin können die Putschisten zunächst eine ganze Reihe von wichtigen Gründen anführen, weshalb ihr Vorgehen notwendig wurde, auch wenn es rein konstitutionell gesehen der Sturz einer rechtmäßig gewählten Regierung war. Aber wie demokratisch war diese? Der derzeitige Konflikt und die Konfrontationen der vergangenen sechs Jahre sind ja nur zu einem geringen Teil eine ethnische Angelegenheit. Dahinter verbirgt sich das Ringen um die Macht von vor allem zwei bereits seit Jahrhunderten einflussreichen Klans, deren Schlüsselpersonen abwechselnd in der Politik eine dominierende Rollen spielten. Die zweite Kammer, der Senat, ist nur mit Vertretern der Häuptlinge besetzt. Und der Große

Rat der Häuptlinge ist eine nicht gewählte Adelsvertretung, die u.a. den Präsidenten einsetzt. Von diesen beiden Institutionen ist die 40 %ige indisch-stämmige Minderheit im Lande völlig ausgeschlossen – was man wohl alles nicht als demokratisch bezeichnen kann.

Im Grunde hat Fidschi auch gar keine „demokratische“ Tradition. Bevor die Inselgruppe von den Briten 1874 kolonisiert wurde, herrschte dort ein nie endender Kampf mehrerer Häuptlingscliquen um die Macht. Die Interessen der Kolonialherren führten dann zur Einwanderung von indischen Plantagenarbeitern, die 1970, als das Land unabhängig wurde, 50% der Bevölkerung ausmachten und eine ständige Herausforderung für die junge Nation wurden.

In der Politik bestimmten nun jedoch wieder die alten Häuptlingsfamilien. Da zwischen ihnen aber auch noch immer die alten Rivalitäten herrschten, hielt die Gemeinsamkeit nicht lange. Fidschi erlebte schon 1987 seinen ersten Putsch. Es gab sich 1990 eine neue Verfassung, die die Landrechte einseitig zugunsten der einheimischen Fidschianer verschob. Ein weiterer Putsch in 2000 brachte dann den Klan ans Ruder, aus dem Qarase stammt.

Das alles entschuldigt natürlich keinen neuen Coup des Militärs. Die Sicht durch eine rein soldatische Brille, die nur Kommandos und Gehorsam kennt, ist weder der Situation angepasst, noch zu tolerieren. Aber man sollte der alten Regierung auch nicht zu viel Tränen nachweinen. Die internationale Gemeinschaft wäre gut beraten, wenn sie ihren Einfluss auf einer vernünftigen Basis sucht. Mit Drohungen macht man einen Militärchef nur verstockter.

Und so demokratisch war ja Fidschi bisher eben auch nicht. Eine endgültige Beurteilung also, ob die Anwendung absolut undemokratischer Verfahren in diesem Fall in der Lage ist, eine nicht-funktionierende Demokratie wieder auf die richtige Spur zu setzen, kann erst die Zukunft bringen. Ein Versuch dabei zu helfen, wäre sicherlich vernünftiger, als das Land zu bestrafen.

Ansprechpartnerinnen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel.: 0228-883-516, E-Mail: [Beate.Bartoldus@fes.de](mailto:Beate.Bartoldus@fes.de) (verantwortlich)

Ulrike Ehnes, Tel.: 0228-883-508, E-Mail: [Ulrike.Ehnes@fes.de](mailto:Ulrike.Ehnes@fes.de)

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228-883-575

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: [www.fes.de/asien](http://www.fes.de/asien).